

Platzverweis

KEIN PLATZ FÜR NAZIS!

Keine Nazis
nirgendwo!



Der NPD
die rote
Karte
zeigen!



Liebe Schülerinnen und Schüler,

Ihr haltet die erste Ausgabe des Platzverweises in Euren Händen. Der Platzverweis ist eine Zeitschrift, die von den Jusos, den Falken, der DGB-Jugend, der Grünen Jugend, Linksjugend-[solid], SDAJ, ALB und der Stiftung Ostkreuz gemeinsam geschrieben und produziert worden ist. Alle diese Jugendorganisationen eint über verschiedene inhaltliche Ansätze der alltäglichen politischen Arbeit die klare Ablehnung von rechtsradikalem Gedankengut. Denn wohin dies führt, zeigt die Wanderausstellung „Opfer rechter Gewalt seit 1990 in Deutschland“, die vom 30.4. bis 31.5.08 auch in Berlin zu sehen seid wird. Diese porträtiert 131 Menschen, die Angriffe von Neonazis nicht überlebten. Und es wird nicht besser: 2006 stieg die Zahl gewalttätiger Angriffe von Rechts um 9,3%. Die Opfer mussten sterben, weil sie nicht in das schlichte Weltbild der Nazis passten. Dieses Weltbild wird auch von der NPD vertreten, die im Oktober versucht hat, mit einer Schülerzeitung bei Euch zu punkten. Dabei ist dies nicht der erste Versuch von Neonazis, an Schulen Fuß zu fassen. Bereits seit 2005 sind speziell auf SchülerInnen zugeschnittene Werbemaßnahmen von Rechtsaußen zu beobachten. So ist dies bereits nach der „Mitteldeutschen Jugendzeitung“ und „in'vers“ der dritte Versuch mittels einer Schülerzeitung die menschenverachtende Ideologie

der NPD unters Schulvolk zu bringen. Auch die so genannte „Schulhof-CD“ ist sicherlich vielen von Euch bekannt. Grund genug, dass wir alle endlich gemeinsam klar machen: Wir nehmen den Kampf gegen Rechts auf! Ein erster Schritt soll der Platzverweis sein, den wir als linke Jugendverbände zusammen über sonstige inhaltliche Meinungsverschiedenheiten hinweg produziert haben. Im Platzverweis sollt Ihr zum einen ganz praktische Tipps erhalten, wie Ihr Euch verhalten könnt, wenn Ihr Neonazis im Alltag begegnet. Er soll aber auch als Informationsmedium über neueste Entwicklungen in der rechten Szene dienen, sowie praktische politische Ansätze zum Kampf gegen Rechts in die Diskussion einbringen. Das alles bringt aber erst etwas, wenn sich noch mehr Menschen gegen Nazis und ihre Helfershelfer engagieren. Eine Möglichkeit, selbst aktiv gegen Nazis zu werden, bietet sich übrigens am 1. Dezember. Dann will die NPD gemeinsam mit Nazikameradschaften „Für ein nationales Jugendzentrum“ demonstrieren. Wir werden ihnen zeigen, dass weder in Berlin noch anderswo Platz für sie ist. Den Treffpunkt für die Gegenkundgebung findet Ihr im Heft.

Und nun viel Spaß beim Lesen!

Inhalt

- Gegenspiel – Inhalt und Propaganda in „Der Titellose“ ... 1
- Verteilung von Propagandamaterialien der extremen Rechten an Schulen ... 2
- Ich hab ja nichts gegen Ausländer, aber ... 3
- Rechte Tendenzen an Schulen ... 4
- Neonazis machen auf sozial ... 5
- NPD und Kameradschaften ... 6
- Die „Leistung“ der NPD ... 7
- ThorSteinar – Tarn-Bekleidung für ganz rechts ... 8
- Mehr als nur Musik ... 9
- Kampf gegen Rechts endlich konsequent führen! ... 10
- NPD als Interessensvertreter der Jugend? ... 11
- Offene Kinder- und Jugendarbeit im Brennpunkt ... 13
- Engagement gegen Rechts stärken! – Werdet AKTIV!!! ... 15

**Der NPD
die rote
Karte
zeigen!**



**Samstag 01.12.2007
10:30 Uhr
Kein Platz für Nazis!
Gegenkundgebung
gegen den
Naziaufmarsch
Kreuzung Ecke Stern-
damm / Groß-Berliner
Damm
S-Bhf. Schöneweide**



Gegenspiel – Inhalt und Propaganda in „Der Titellose“

Andre Kindler – Jusos Berlin

Im Oktober trat die NPD wieder einmal an die Öffentlichkeit. Sie gab, begleitet von großem medialem Interesse, eine „Schülerzeitung für Mitdenker“ heraus. Nicht nur, dass die NPD offensichtlich selber das Mitdenken vergessen hatte – „Stachel“ ist nämlich der Name zahlreicher Zeitungen der Grünen – und durfte deswegen folgerichtig nicht einfach so verwendet werden. Die NPD sah sich also gezwungen ihre Hetzschrift in „Der Titellose“ umzubenennen. Auch die Artikel strotzen von einer Oberflächlichkeit, dass die Frage gestellt werden kann, für wie doof Berliner SchülerInnen von der 210-Mitglieder-Partei NPD-Berlin gehalten werden. Dieser Artikel soll Euch einen kleinen Überblick über den Inhalt des „Titellosen“ geben.

In der Zeitschrift selbst wird mit vielen bunten Bildern versucht, sich als vermeintlich harmlose Alternative zu den so genannten „Systemparteien“ zu präsentieren. Das Blatt bietet jedoch ein gutes Beispiel dafür, wie die NPD versucht, bei brisanten Themen wie Drogen, Kultur, Frauen und Bildung mit Parolen auf Stammtischniveau zu punkten. Rechte Parolen und deren Hintergrund werden hinter bunten Bildern und lächelnden Gesichtern versteckt. Dumpfer Nationalismus wird verharmlost und verschönert. Dass die Konsequenzen aus der rassistischen Ideologie der NPD in diesem Land schon einmal 1945 begutachtet werden konnten, verschweigt das Blatt natürlich. Stattdessen biedert sich die NPD bei jungen Frauen an, für die sie sonst das „Backen von Kuchen und das Waschen der Wäsche im Wahlkampf“ als Aufgabe vorsieht. Weiterlich beklagt die NPD-Jugend, dass von der Presse das Bild erweckt werde, ihr Nationalismus sei der von „bösen Jungs, die keine Ausländer mögen.“ Ein paar Seiten weiter wird der Kulturkampf gegen alles, was nicht in das verquere NPD-Bild eines „richtigen“ Deutschen passt, ausgerufen. Der Satz: „Wenn wir nur zugu-

Rechte Parolen und deren Hintergrund werden hinter bunten Bildern und lächelnden Gesichtern versteckt.

cken und nichts tun, wird uns die ‚multikulturelle Gesellschaft‘ bald in Form von Kopftüchern um die Ohren fliegen.“ betreibt Hetze gegen Migranten / Migrantinnen in übelster Form.

Über Probleme mit Schulschließungen in Brandenburg aufgrund sinkender Schulzahlen wird berichtet, als sei hier ein Konflikt zwischen Menschen deutscher und nichtdeutscher Herkunft entscheidend. Nicht nur, dass hier tatsächliche Fakten in dem Bericht verfälscht dargestellt werden. Es wird auch noch mit hohlen Phrasen so getan, als könnte die NPD eine sofortige Lösung der Problematik mit einer „deutschfreundlichen Bevölkerungspolitik“ anbieten. Auf welche Tradition sich die „Kameraden“ dabei beziehen möchten, kann in ihrem Onlineshop betrachtet werden. Germanische Kultobjekte wie ein „Thorshammer“ und andere reaktionäre Fanartikel sollen den „nationalen Kampf“ gegen alle Andersdenkenden und Menschen, die nicht in das Weltbild der NPD-Kader passen, finanzieren helfen. Die freie Entfaltung der Individuen ist nicht die Sache der NPD. Stattdessen wird behauptet, jedes Volk habe seine Eigenarten. Menschen werden in Kollektive nur aufgrund der Herkunft ihrer Eltern und Großeltern gesteckt, durch die sie angeblich in ihrem Verhalten geprägt werden. Was hat das mit der noch im gleichen Satz proklamierten Freiheit zu tun?

Wir setzen dagegen: Die Menschen sollen sich in einer solidarischen Gesellschaft selbst entscheiden können, was richtig für sie ist. Wir glauben, dass unser Kopf groß genug ist, um uns nicht von NPD-Funktionären erklären lassen zu müssen, wie wir uns zu verhalten haben, nur weil uns per Zufall der deutsche Pass zugefallen ist oder unsere Großeltern in das arische Idealbild irgendwelcher Neonazis passen.

Was tun, wenn die NPD vor meiner Schule aufkreuzt?

Verteilung von Propagandamaterialien der extremen Rechten an Schulen

Tessa Mollenhauer – Stiftung SPI Mobiles Beratungsteam „Ostkreuz“ für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration

Die NPD und Organisationen der extremen Rechten vertreten ein Weltbild der Ungleichwertigkeit. Diese ausgrenzende Ideologie gegenüber Behinderten, Menschen mit Migrationshintergrund und Homosexuellen zeigt sich vor allem in den „NPD – Schülerzeitungen“.

Rechtsextreme Einstellungen beinhalten im wesentlichen Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und andere Ideologien der Ungleichwertigkeit (wie Homophobie und Sexismus).

In einigen Bundesländern und auch in Berlin ist die NPD immer wieder an Schulen und will ihre Materialien unter den Schülern verteilen. Zunächst gab es die Schulhof CDs und jetzt werden immer öfter die „NPD – Schülerzeitung“ verteilt. in Sachsen: Perplex in Brandenburg: Brennessel und Stachel in Berlin: Stachel

fight racism!
fight fascism!



Laut werden

Wenn eine Aktivität gegen die Verteilung der rechtsextremen „NPD – Schülerzeitung“ geplant ist (Schulleitung oder/ und Antifaschistisches Bündnis anfragen), dann kündigt diese in den Schülerzeitungen, an Schwarzen Brettern und im Newsletter an.

Die Gegenmaßnahmen und -aktionen sollten diskutiert, geplant und mit vielen Partnern organisiert werden.

Wenn die Verteiler/innen an Eurer Schule stehen, alle Schüler/innen und Lehrer/innen sofort darauf aufmerksam machen. Die Verteilung verhindern und auch Stände blockieren könnte man wie folgt machen: Seid kreativ, aktiviert den Schulchor oder gebt Theatereinlagen um den Stand bzw. die Verteiler/in.

Ein praktisches Beispiel für Gegenaktionen zum Nachmachen kommt vom Schülernetzwerk MUT: Sie haben Notfalldossier mit Müllsäcken und alternativen CDs zum Tauschen, z.B. „Kein Bock auf Nazis“, gepackt und an Schulen verteilt. Also am besten die rechtsextremen Materialien nehmen

bzw. geben lassen und dann in vorgesehenen Säcken dem Orten zuführen, wo sie hingehören: Auf den Müll.

Die rechtsextremen Materialien könnten für Archive, Unterrichtsstunden, der Polizei und der politischen Bildung in den vorgesehenen Strukturen genutzt werden.

Die Aktivitäten gegen rechtsextreme Verteilaktionen mit dem Lehrkörper besprechen und Ausnahmeregelungen einhalten.

Die Lehrer/innen ansprechen auf die vorgefallene rechtsextreme Aktivität und Bedarf anmelden für eine Zeit zur Diskussion über die rechtsextremen Schülerzeitungen.

Weitere Unterstützung für solche Informationsrunden bzw. -diskussionen einbeziehen.

Mobiles Beratungsteam „Ostkreuz“ für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration
Schönhauser Allee 73, 10437 Berlin
Tel.: 030. 41 72 56 28, ostkreuz@stiftung-spi.de

Polis* Stiftung SPI Bezirkliche Koordinierungsstelle gegen demokratiegefährdende Phänomene und Rechtsextremismus, Marzahn-Hellersdorf, Klausdorfer Str. 8, 12629 Berlin, Tel.: 030. 99 27 50 96, polis@stiftung-spi.de

Netzwerke informieren

Potentiell Betroffenen sollten weiter informiert werden. Nach einer Verteilaktion sind die Akteure zur nächsten Schule gegangen und haben dort weiter verteilt.

Wichtig ist auch, Bündnispartner zu informieren (siehe oben, Jugendverbände z.B. die Jusos, 'solid, Grüne Jugend, Falken und Registern bzw. Verzeichnissen Bescheid geben, die die Erfassung von rechtsextremen Aktivitäten im Bezirk dokumentieren).

Die Schulleitung muss diese Informationen auch in ihren Behördenden weiter kommunizieren.

Bei Übergriffen oder beim Zeigen von verfassungsfeindlichen Symbolen der Verteiler/in sofort die Polizei und andere Behörden durch die Schulleitung (Pädagog/innen und Lehrer/innen bzw. Sozialarbeiter/innen) informieren lassen.

Ich hab ja nichts gegen Ausländer, aber ...

Felix Pithan – Bundessprecher des Jugendverbands Linksjugend-[solid]

Ausländerfeindlichkeit und Rassismus sind leider weiter verbreitet, als wir oft glauben: In Umfragen geben oft über die Hälfte der Befragten an, in Deutschland gebe es „zu viele Ausländer“ und immer wieder sind wir im Alltag mit Vorurteilen oder abfälligen Sprüchen über „die Türken“, „die Russen“ oder „die Ausländer“ an sich konfrontiert. Im Oktober 2007 gaben 25 Prozent der Befragten in einer Umfrage des Magazins „Focus“ an, dass in der Zeit des Nationalsozialismus „nicht nur Schlechtes“ passiert sei.

Solchen Aussagen entgegenzutreten ist leicht gesagt – damit es auch leichter getan ist, wollen wir euch hier einige Argumente dazu mitgeben.

„Ausländer werden häufiger kriminell als Deutsche“

Tatsächlich werden Menschen ohne deutschen Pass häufiger in der Kriminalstatistik erfasst als Deutsche. Dafür gibt es so viele Gründe, dass wir hier nur einige aufzählen können:

Es gibt Gesetze, die Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit nicht betreffen, so dass sie auch nicht dagegen verstoßen können. Beispielsweise dürfen viele Flüchtlinge den ihnen zugewiesenen Landkreis nicht verlassen. Wenn sie trotzdem ohne Genehmigung der Behörde Verwandte oder Freunde besuchen oder mal in die nächste Großstadt fahren, können sie sich strafbar machen.

Unabhängig von ihrem Pass verstoßen Menschen ohne Job oder ohne Schulabschluss öfter gegen Gesetze als andere. In diesen Gruppen sind Menschen, die nach Deutschland eingewandert sind oder deren Eltern aus einem anderen Land kommen, besonders oft vertreten. Das sagt allerdings weniger über „die Ausländer“ als über unser Schulsystem aus, in dem Kinder aus MigrantInnenfamilien schlechte Chancen haben.

Schließlich bestätigt der Rassismus sich selbst: „Ausländer“ werden eher angezeigt als Deutsche und auch viele Polizistinnen und Polizisten halten Menschen, die ihnen „fremd“ erscheinen, schneller für verdächtig. Und schon scheint amtlich bestätigt, dass Ausländer einfach meistens kriminell sind ...

* Wir lehnen es ab, Menschen nach Nationalitäten einzuteilen und zu beurteilen. Deshalb benutzen wir Begriffe wie „die Türken“ oder „die Ausländer“ hier in Anführungszeichen.



„Ausländer arbeiten für weniger Geld und nehmen Deutschen die Arbeitsplätze weg“

Tja, reingefallen: Unternehmen versuchen immer, ihren Beschäftigten weniger Geld zu bezahlen. Wenn das zur Folge hat, dass die sich in „Deutsche“ und „Ausländer“ spalten lassen und gegenseitig anfeinden, wird das wohl auch kein Ende haben. Nur wenn wir gemeinsam für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen streiten, kann es auch allen besser gehen (außer vielleicht den Unternehmen ...).

Übrigens: Flüchtlinge bekommen meistens nur dann eine Arbeitserlaubnis, wenn kein Deutscher den Job will, auf den sie sich bewerben. Vielleicht machen sie deshalb so oft schwere Arbeit für wenig Geld ...

„Ausländer wollen gar nicht arbeiten und leben nur von unseren Sozialsystemen“

(besonders beliebt in Kombination mit dem vorigen „Argument“)

1. Falsch. Die in Deutschland lebenden Menschen ohne deutschen Pass zahlen mehr in die Sozialkassen ein als sie bekommen. Das heißt nun auch nicht, dass sie besonders klug oder fleißig sind – unter ihnen sind schlichtweg viele junge Menschen und wenig RentnerInnen, so dass sie auch seltener krank werden.

2. AsylbewerberInnen dürfen grundsätzlich nicht arbeiten – egal, wie arbeitswillig und qualifiziert sie sind. Sie müssen von staatlicher Hilfe leben.

Rechte Tendenzen an Schulen

Julia Behrens – Grüne Jugend Berlin

„Ey du Jude!“. Manche Modesprüche an Schulen sind bedenklich. Wenn ein paar Jungs sich diesen Begriff als lustig gemeinte Beleidigung an den Kopf werfen, sollte der Spaß eigentlich vorbei sein. Unterschwelliger Antisemitismus, Rassismus oder Sexismus ist im Schulalltag genauso zu finden wie in der Gesellschaft. Schließlich sind die SchülerInnen ein Querschnitt eben jener.

Der Verfassungsschutz stellte einmal die These auf, dass die rechte Szene vor allem aus Menschen niedrigeren und die AnhängerInnen der linken Szene aus Menschen höheren Bildungsniveaus bestehen. Diese These kippt. So ist Thorsteinar-Kleidung kein Haupt- und Realschulproblem, sondern auch Gymnasien haben damit zu kämpfen. Oft wissen LehrerInnen und SchulleiterInnen nicht, mit dieser neuen

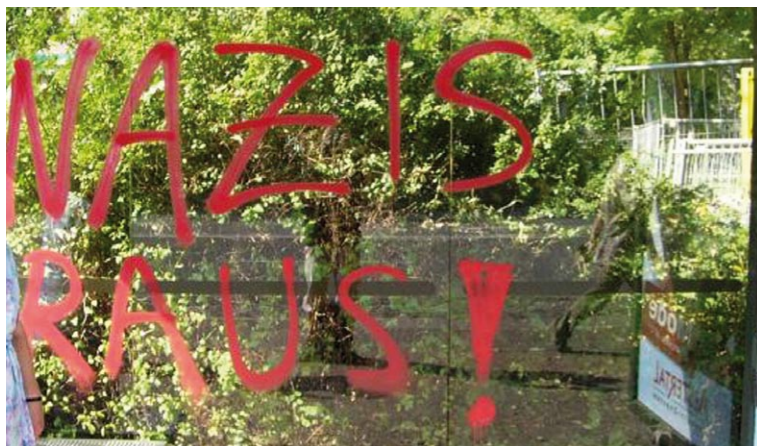
jedoch sollte man anstatt von zahlreichen Wiederholungen der geschichtlichen Ereignisse auch auf die Entwicklung der rechten Szene nach 1945 eingehen, die Problematiken aufgreifen, die heute politisch und gesellschaftlich beschäftigen, um zum Nachdenken und Handeln anzuregen.

So kann man an den Ursachen der als normal angesehenen Parolen ansetzen. Ein Projekt, das gegen Rassismus sensibilisiert, findet mit der Zeit immer mehr Zustimmung an Schulen: „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SOR-SMC). Die Idee des Projekts wurde 1988 von SchülerInnen und JugendarbeiterInnen in Belgien entwickelt, 1995 erreichte es erstmals deutsche Schulen. Eine Schule bekommt den Titel SOR-SMC, wenn mindestens 70% der am Schulalltag beteiligten Personen das Selbstverständnis unterzeichnen. Mit der Unterschrift versichern sie ihren Einsatz für Entwicklung von Aktionen gegen Rassismus an der eigenen Schule und zur Zivilcourage. Das heißt, dass bei rassistischen Taten und Äußerungen eingeschritten wird. 2005 gehörten dem Projekt um die 500 Schulen in Europa und rund 260 Schulen in Deutschland an.

Ein guter Anfang, da hier vor allem die SchülerInnen die Initiative übernehmen und die LehrerInnen in die Pflicht nehmen, eine Unterschrift zu leisten.

Aber eben ein Anfang.

Strömung umzugehen. Schon gegen den „Alltagsrassismus“ wird kaum bis nichts unternommen. Wenn Negerwitze, Sätze wie „Bin ich schwul oder was?“ oder „Ich mein's ja nicht böse, aber diese Türken kotzen mich echt an.“ zwischen den SchülerInnen die Gespräche begleiten, wird nicht eingegriffen. Dabei schreiben sich die Schulen die Erziehung ihrer SchülerInnen zu eigenständigen, kritisch denkenden Erwachsenen ins Schulprogramm. In Paragraph eins des Schulgesetzes steht sogar: „Ziel muss die Heranbildung von Persönlichkeiten sein, welche fähig sind, der Ideologie des Nationalsozialismus und allen anderen zur Gewaltherrschaft strebenden politischen Lehren entschieden entgegen zu treten ...“. Dieser Lehrauftrag wird nur meistens auf eine Art und Weise umgesetzt, die zur Ermüdung der zu Erziehenden in diesem Thema führt. Der Geschichtsunterricht behandelt den Nationalsozialismus wie alle Themen der deutschen Geschichte je nach Schultyp zwei- bis dreimal. Hinzu kommt die Pflichtlektüre im Deutschunterricht von zahlreichen Büchern zur Zeit des Nationalsozialismus, Redeanalysen von Reden von Mitgliedern der NSDAP, Interpretationen von Kurzgeschichten. Ein breites Wissen zur Zeit von 1933 bis 1945 ist unstreitbar wichtig,



Entwicklungen in der Neonaziszene

Neonazis machen auf sozial

Antifaschistische Linke Berlin [ALB]

Jeder und jede kennt die Probleme unserer Zeit – es ist schwierig einen coolen und gut bezahlten Ausbildungsplatz zu finden. Studieren wird allmählich zum Luxus, den sich immer weniger Menschen leisten können. Es gibt zu wenig Arbeitsplätze und obendrein viele Berufe, bei denen die Bezahlung kaum zum Leben reicht. Die Menschen haben ständig Angst vor Entlassungen und sehen ein Arbeitsleben vor sich, das bis ins hohe Alter reicht.

Natürlich ist es wichtig, sich mit diesen Problemen zu befassen. Auch Neonazis haben dies erkannt und wollen Jugendliche (bzw. ihre Wählerstimmen) mit einfachen, oft rassistischen Lösungsvorschlägen einfangen.

Themen mit denen Neonazis versuchen bei euch zu punkten

Vor drei Jahren wurde mit der Agenda 2010 das Arbeitslosengeld II, in der Öffentlichkeit als Hartz IV bekannt, eingeführt. In der Folge bekommen Menschen, die für einen längeren Zeitraum arbeitslos werden, nur sehr wenig Geld. Und sie müssen ständig damit rechnen, dass sie zu irgendwelchen Arbeitsmaßnahmen herangezogen werden oder dass ihre Ersparnisse geplündert werden. Gegen die Einführung gab es in Deutschland starke Proteste – die Beteiligung reichte von linken Parteien über Gewerkschaften bis zu antifaschistischen Gruppen. Aber auch Neonazis versuchten anzudocken – mehr oder weniger erfolgreich. Ihre Vorschläge zu diesem Thema waren ebenso einfach wie verlogen. Einerseits versuchten sie, die Angst der Menschen vor der Reform auszunutzen und einfache, inhaltsschwache Lösungen anzubieten. Andererseits hetzten sie gegen migrantische ArbeiterInnen und gaben ihnen die Schuld an sozialen Missständen. Forderten sie in manchen Flugblättern die Zwangsmaßnahmen der Reform zurückzunehmen, forderten sie in anderen Texten einen Zwangsarbeitsdienst für „arbeitsunwillige Personen“.

Ein aktuelleres Thema, mit dem sich auch Neonazis befassen, ist die Forderung nach einem Mindestlohn. Die Debatte ist in aller Munde: es gibt Branchen, wo so wenig Lohn gezahlt wird (VerkäuferInnen, FriseurInnen usw.), dass es fast unmöglich ist, ohne staatliche Zuschüsse seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Menschen sind arm trotz Arbeit. Linke Parteien, Gruppen und Gewerkschaften werden dage-

gen aktiv. Und Neonazis versuchen, auf den Zug aufzuspringen. Sie wissen, dass sie hiermit Zustimmung in der Bevölkerung erhalten könnten. In ihren Texten klauen sie weite Passagen aus linken Veröffentlichungen.

Hier sieht man wieder, dass Neonazis auf aktuelle Probleme die falsche Antwort geben.

Gleichzeitig wollen sie aber migrantische Mitmenschen vom Mindestlohn ausschließen und fordern die Besteuerung von Betrieben, die MigrantInnen eingestellt haben. Es fällt auf:

weniger soziale Analyse, sondern mehr rassistische Hetze und Ausgrenzung sind ihre Antworten. Die Neonazis nutzen die soziale Lage der Menschen und schüren Ängste.

Ähnlich sieht es bei der Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre aus. Auch hier waren es erst wieder linke Gruppen und Initiativen, die dagegen mobil machten. Nun nehmen sich zudem Neonazis diesem Thema an, kopieren Schlagworte und Erklärungen und versuchen, sich als soziale Alternative zu präsentieren. Für wen ist sowieso klar – nur für den weißen, heterosexuellen, arbeitsfähigen Deutschen. Menschen mit Behinderungen, Linke, MigrantInnen, Homosexuelle – also all jene, die nicht in das menschenverachtende Weltbild der Neonazis passen, sollen natürlich nicht von den sozialen Forderungen profitieren.

Globalisierungsproteste von rechts

Gegen die negativen Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung formiert sich weltweit Protest. Auf Grund der Zusammensetzung der globalisierungskritischen Proteste gelingt Neonazis hier kaum ein Anschluss, sondern sie initiieren eigene Kampagnen und Aufmärsche. Allein im Jahr 2006 gab es sechs große Neonaziaufmärsche, die sich um das Thema Globalisierung drehten. Dabei geht es Neonazis vor allem darum, eine Unterscheidung aufzumachen zwischen schlechtem internationalen (sie nennen es „raffenden“) Kapital und gutem deutschen (sie nennen es „schaffenden“) Kapital. Das „raffende Kapital“ assoziieren sie mit internationalen Großunternehmen und unterstellen, dass diese vor allem jüdische Besitzer hätten. Dass ebenso deutsche Unternehmen an der Globalisierung beteiligt sind und von ihr profitieren, wird ausgeklammert. Hier sieht man wieder, dass Neonazis auf aktuelle Probleme die falsche Antwort geben. Neonazis verstehen Globalisierung nicht als

komplexen Prozess, sondern sie kritisieren diese nur, wenn es gegen deutsche Interessen und gegen die bevorzugte Wählerschaft geht. Eine Trennung zwischen verschiedenen

Unsere Antwort auf die Soziale Frage ist solidarisch und internationalistisch.

Kapitalformen ist nicht richtig, denn Kapitalismus funktioniert als allumfassendes Prinzip. Von großen Banken bis zum Bäcker um die Ecke – alle Menschen sind dem gleichem System unterworfen. Wenn nur einige Details von Globalisierung kritisiert werden – so wie es Neonazis tun – werden rassistische Prinzipien und Antisemitismus zur Antwort. Solidarische Lösungen, die sich mit den internationalen Problemen und Verflechtungen befassen, werden von Neonazis natürlich nicht angeboten, da sie ihrem Menschenbild, das auf Ungleichheit und Ausgrenzung basiert, widersprechen.

NPD und Kameradschaften

In Pankow arbeiten NPD und Kameradschaften Hand in Hand. Gemeinsam gehen sie gewaltsam gegen politische GegnerInnen vor.

Fabian Weißbarth – Koordinator des Arbeitskreises Antifaschismus der Jusos Berlin

Als am 11. Juni in Pankow wieder einmal die rassistische Bürgerinitiative IPAHB gegen den Bau einer Moschee in Pankow-Heinersdorf marschierte, waren wieder zahlreiche Neonazis aus NPD und Kameradschaften unter ihnen. Die NPD (=Nationaldemokratische Partei Deutschland) gilt nicht nur in Pankow als die führende Partei im rechtsextremen Spektrum. In fünf Bezirken ist sie nach der letzten Wahl 2006 in die Bezirksverordnetenversammlung mit Fraktionsstärke eingezogen, so in Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Neukölln und Treptow-Köpenick. In Pankow traten nach einer Absprache der rechtsextremen Parteien nur die Republikaner ein und zogen mit einem Verordneten in das Kommunalparlament ein. „Freie“ Kameradschaften sind nazistische Organisationen ohne gesetzlich definierte Organisationsform – es sind lose Zusammenhänge, welche häufig als militante Schlägertruppen Jagd auf Personen machen, die nicht in ihr Weltbild passen. Beide Organisationsformen, Partei und Kameradschaften, arbeiten zusammen. Während die NPD den „Kampf um die Parlamente“ übernimmt, bereiten die militanten Neonazis mit dem „Kampf um die Straße“ den Weg für die nun in Schlips und Kragen auftretenden Naziparlamentarier. Auf Demonstrationen und bei Infoständen übernehmen sie den Schutz, zum Dank kriegen die Schläger dann Plätze auf den Wahllisten oder Funktionen in den Gremien der NPD.

Scharnierfunktion

Die Trennung zwischen den militanten Kameradschafts-Nazis und den NPDlern fällt indes schwer. Vielmehr gibt es personelle Überschneidungen und enge Kooperationen zwi-

What you can do

Proteste gegen Verschärfungen im sozialen Bereich und gegen Globalisierung sind richtig und notwendig. Wir alle wollen Ausbildungsplätze, lohnenswerte Arbeit und die Ausschau auf ein erfülltes Leben. Aber wir müssen genau darauf achten, gegen wen sich der Protest richtet und warum. Wir müssen verhindern, dass sich Neonazis daran beteiligen – auf welche Art sie es auch versuchen. Es gilt vor allem darauf zu achten, dass keine rassistische und antisemitische Hetze als einfache Lösung gegen soziale Missstände angeboten wird. Unsere Antwort auf die Soziale Frage ist solidarisch und internationalistisch. Damit erreichen wir mehr Menschen und werden den Realitäten der heutigen Zeit gerecht.

Neonazis lösen keine Probleme, sie sind selbst Teil des Problems! Make capitalism history!

schon den einzelnen Organisationen. In Pankow beispielsweise gibt es eine Vielzahl von Gruppen wie die Autonomen Nationalisten Berlin (ANB), die Vereinten Nationalisten Nordost (VNNO) und ein „Stützpunkt“ des NPD-Jugendverbandes Junge Nationaldemokraten (JN). In letzterer finden militante Jung-Nazis einen legalen Organisationsrahmen. Eine wesentliche Rolle in diesem Organisationsgeflecht spielt Jörg Hähnel. Er gilt als Scharnierfunktion zwischen Partei und anderen Neonazis, so genannten „Freien Kräften“. Er ist im Bundesvorstand für „Neue Medien“ zuständig, tritt auf Parteiveranstaltungen häufig als Liedermacher auf, ist Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung in Lichtenberg und zugleich Mitarbeiter der NPD Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern. In seiner Zeit als NPD-Kreisvorsitzender baute er die VNNO mit auf und bemühte sich um die Integration von jüngeren Nazis in die NPD.

Militanz

Zwischen den einzelnen Gruppen gibt es eine annähernd personelle Deckung, was vom NPD-Bundesvorstand mit der so genannten „Volksfrontstrategie“ gemeint ist, also die Zusammenarbeit von NPD, DVU (=Deutscher Volksunion) und „Freien Nationalisten“, also der Kameradschaftsszene, ist in gewisser Hinsicht in Pankow längst Realität. Die Zusammenarbeit macht selbst bei gewaltsamen Übergriffen nicht halt, wie eben am 11. Juni während einer rassistischen Anti-Moschee-Demonstration. Eine Gruppe von 15 bis 20 Nazis löste sich von der Demonstration und entdeckte eine kleine Gruppe von sechs Jugendlichen, die sie für links hielten. Die Jugendlichen wurden umkreist, anschließend auf sie ein-

geschlagen und eingetreten. Erst zwei Zivilbeamte der Abteilung PMS (=Politisch Motivierte Straftaten) konnten mit gezogenen Schlagstöcken die Angriffe unterbinden. 15 Angreifer wurden von der Polizei verhaftet, darunter befanden sich nicht nur einschlägig bekannte Kameradschafts-Nazis, wie der Anführer der mittlerweile verbotenen Kameradschaft Tor Björn Wild, sondern auch der NPD-Kreisvorsitzende von Pankow Daniel Steinbrecher. Im Zuge des Prozesses wurden an die Briefkästen der KlägerInnen, NebenklägerInnen und weiteren Personen Aufkleber mit der Aufschrift „Wir denken

an dich. Autonome Nationalisten Berlin“ geklebt. Während die Bürgerinitiative gegen die Moschee ein „herzliches Dankeschön“ an alle Demoteilnehmer ausstellt, gehen die rechtsextremen Übergriffe in Pankow weiter. Am 29. September wurden im Pankower Ortsteil Blankenburg drei Griechen von einer zwölfköpfigen Gruppe zusammengeschlagen. In Pankow werden indes Aufkleber der VNNO geklebt, die zu Gewalt gegen AntifaschistInnen aufrufen.

Die „Leistung“ der NPD

Ein Jahr in den Berliner Kommunalvertretungen – Ole Kreins, Ellen Haußdörfer, Oliver Igel

Mit den Berliner Wahlen im Herbst 2006 haben die NPD und die Republikaner in fünf Bezirken die Möglichkeit, in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Politik zu machen. Die NPD sieht sich selbst als „Alternative zu den etablierten Parteien“. Doch wie nutzt sie ihre Möglichkeiten wirklich?

Von den großen Ankündigungen ist ein Jahr später nichts übrig geblieben. Schaut man sich das Agieren der NPD in der BVV Treptow-Köpenick und in Lichtenberg an, dann kann man nur peinliche Auftritte feststellen – wenn sie fordern, nicht mehr Anglizismen zu verwenden, sie selbst aber in ihrem Programm benutzen. Aus ihrer Verfassungsfeindlichkeit macht die NPD keinen Hehl. So kritisiert sie, wenn die BVV Geld für Migrations- oder Demokratieprojekte ausgibt. Ekel erregend wird es, wenn die NPD anderen ihr Geschichtsbild, besonders das vom Zweiten Weltkrieg, aufzwingen will. „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“, schrieb Bertolt Brecht und warnte damit besonders vor einer neuen NS-Herrschaft. Wie Recht Brecht noch heute mit dieser Warnung hat, lässt sich in den BVV-Sitzungen mit der NPD beobachten. Hass ist das prägende Element der NPD. So wollten sie mit einem Antrag die Migrationsbeauftragte in „Ausländerrückführungsbeauftragte“ umbenennen. In den Haushaltsberatungen wollten sie mehr Geld ausgeben, um Asylbewerber wieder in ihr Herkunftsland zurückzuschicken. In einem anderen Antrag forderten sie in Lichtenberg getrennte Schulen für Ausländer. All das ist offen rassistisch und ausländerfeindlich. Dagegen muss sich der Widerstand der Demokraten formieren.

Glanz durch Abwesenheit

Das, wofür sie in einer Kommunalvertretung eigentlich gewählt wurden, sich nämlich um die kleinen Probleme unmittelbar in den Ortsteilen zu kümmern – dafür bringen sie keine Lösungen ein. Sie wissen noch nicht einmal, worum es den Menschen in den Bezirken überhaupt geht. Und von vermeintlichen deutschen Tugenden, die sie verkörpern, ist auch nichts zu merken. Zu den Sitzungen der Ausschüsse kommen sie nämlich immer seltener.



Aktionen der Demokraten

Dreht sich in den BVV alles nur um die NPD? Nein, die demokratischen Parteien haben viele Initiativen in Form von Anträgen und Anfragen in die BVV eingebracht. Diese sollen z.B. dabei helfen, die Verkehrssicherheit zu verbessern, neue Radwege zu bauen, die Bürgerbeteiligung an Bezirksentscheidungen und am Haushalt voranzubringen und vieles andere mehr. All das werden die Bürgerinnen und Bürger sehen können. Die NPD hat daran keinen Anteil – im Gegenteil: Sie bekämpft all dies sogar.

Der Kampf für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt ist eine Daueraufgabe. Seit Jahren kämpfen viele ehrenamtliche Kräfte dafür, das demokratische Engagement in den Bezirken zu stärken – sei es in Vereinen, öffentlichen Einrichtungen oder der BVV. Die Bürgerinnen und Bürger können mithelfen und sich für die Demokratie im Bezirk einsetzen.

Am 1. Dezember wollen die Nazis wieder in Treptow-Köpenick dafür demonstrieren, dass im Bezirk ein „nationales Jugendzentrum“ eingerichtet wird. Die DemokratInnen sind aufgefordert, hier Flagge zu zeigen und mit vielen Menschen klar zu machen, dass wir dem Rassismus überall die Rote Karte zeigen. Die Gegendemonstration beginnt am 1. Dezember um 11 Uhr am S-Bahnhof Schöneweide.

Unpolitisch? Nazimusik und -klamotten

ThorSteinar – Tarn-Bekleidung für ganz rechts

*Skinheadlook und Braunhemd wurden abgelegt und haben modischeren und diskreteren Klamotten Platz gemacht
DGB-Jugend*

Verkaufsknüller innerhalb der rechten Szene ist ThorSteinar, aus Königs Wusterhausen, bei Berlin. Die Marke ermöglicht es Neonazis und ihren Mitläufer/innen, sich modisch in guter Qualität und rechten Andeutungen zu kleiden. Das Wesentliche an ThorSteinar ist, dass die Botschaften für Otto Normalverbraucher nicht erkennbar sind. Auch wenn nicht jedes ThorSteinar-Produkt immer eine politische Aussage zeigt, genügt den Träger/innen das Wissen, dass man „eine rechte Aussage“ trifft. Und das Umfeld kennt „diese rechte Aussage“.

Ein „ungutes Gefühl“ reicht in Diskussionen um ThorSteinar leider nicht aus. Die Tatsache, dass heute keine strafrechtlich relevanten Botschaften zu finden sind, führen zu falscher Toleranz gegenüber den Träger/innen von ThorSteinar-Klamotten. Denn mit der Mehrdeutigkeit der Botschaften kann sich ein überzeugter Neonazi jeder Diskussion entziehen und seine Gesinnung trotzdem im Alltag nach außen tragen – beispielsweise, wenn er mit ThorSteinar-Jacke auf Neonazi-Demonstrationen geht. ThorSteinar will diese Kundschaft und freut sich über ihr Geld.

Darüber hinaus sprechen die Klamotten aber auch alle an, die den Nationalsozialismus verklären, Gewalt und Waffen geil finden, latent rassistisch sind und einen Hang zu irrationalen, vorchristlichen Mythen haben. Diese Attribute beschreiben selbsttendend viele Neonazis, jedoch treffen sie – für sich allein genommen – auch auf andere Menschen zu. Beispielsweise sind rassistische Einstellungen bei einem Fünftel der deutschen Bevölkerung verbreitet. Und Gewalt – beispielsweise am Rand von Fußballspielen – ist sowieso ein bekanntes Phänomen. Schnittmengen sind möglich, aber nicht notwendig. Vor diesem Hintergrund ist die Vertriebsstruktur der Produkte zu verstehen, da es die Klamotten neben offensichtlichen Neonazi-Läden auch in Outdoor-, Army- und Hooligan-Shops zu kaufen gibt.

Militarismus und Gewaltverherrlichung sind bei ThorSteinar politisches Programm – auch wenn die Aussagen nicht immer offensichtlich sind. Exemplarisch ist hierfür der Bezug auf religiöse, vorchristliche Mythen. Die verkauften Klamotten tragen Namen wie „Brandur“ (=Schneide des Schwertes), „Arved“ (=poetische Umschreibung eines tapferen Kriegers), „Wolf“ (=Kampf und Stärke) oder „Ragnarök“ (=Endkampf der Götter und Riesen). An anderer Stelle werden Wikinger als „Kriegergemeinschaft“ bezeichnet und glorifiziert.

Weniger religiös verbrämt, dafür offen militaristisch sind Bezeichnungen wie Feldjacke, Feldhosen oder Feldkappe.

Diese Kleidungsstücke – meist in Tarnfarben – werden von Soldaten für gewöhnlich im Kampf getragen. Selbsttendend passen in diese Aufzählung Klamotten mit dem Aufdruck „Shooting Club“ (=Schießklub) oder Korps (=militärischer Großverband der Armee).

Für die ganz schlauen Neonazis – auch wenn es ein Widerspruch ist – hat sich ThorSteinar etwas ganz besonderes ausgedacht. Klamotten der Frühjahrskollektion 2007/08 enthalten einen Aufdruck der so genannten „Merseburger Zaubersprüche“. Die über 1000 Jahre alten Sprüche gelten bis heute als eine der ältesten erhaltenen Zeugen vorchristlicher Religiosität in althochdeutscher Sprache. ThorSteinar ergänzt diese Zaubersprüche mit der Abbildung einer Pferdekopffibel (=historische Form der Brosche), die sich als dreizackige Triskele auf den Klamotten befindet. Die Triskele ist ein beliebtes Symbol innerhalb der Neonaziszene, und wurde u.a. von der, in der BRD verbotenen Neonazi-Gruppe Blood&Honour genutzt. Und: römische Pferdekopffibeln, wie sie von Archäologen ausgegraben wurden, sind nicht dreizackig. Vielmehr bilden vier Pferdeköpfe ein Hakenkreuz.

Doch nicht jede politische Botschaft ist derartig verschlüsselt. So ist auf dem T-Shirt „Flugschule“ ein Kampfflugzeug zu sehen, bei dem es sich um die Messerschmidt Me 262 handelt. Mit dieser „Wunderwaffe“ hofften die Nationalsozialisten am Ende des Zweiten Weltkrieges auf die – aussichtslose – militärische Wende. Eine Lederjacke trägt hingegen den Aufdruck „Nordmark“. Gerne taucht dieser Begriff in regionalen Selbstbezeichnungen von Neonazigruppen auf. Aber auch ein Arbeitserziehungslager der SS bei Kiel trug diesen Namen im Nationalsozialismus.

Für den bekennenden Rassisten gibt es wiederum T-Shirts mit dem Aufdruck „Windhuk“, dem deutschen Namen der namibischen Hauptstadt Windhoek. Bis zum Jahr 1915 war Namibia unter dem Namen „Deutsch-Südwest-Afrika“ eine deutsche Kolonie. Das auf dem T-Shirt abgebildete Denkmal ist der Südwest-Reiter, der im Gedenken an die „Deutschen Schutztruppen“ gebaut wurde. Diese Truppen metzelten im Jahr 1904 etwa 80.000 Angehörige der Hereros und Nomas nieder.

Für ThorSteinar ist Geschichte ein großer Tante-Emma-Laden, aus dessen Angebot sich ungeniert mit allem bedient wird, was irgendwie passt. Denn es geht nur um die Schaffung von rechten Assoziationen. Man schnappt sich historische Motive, Begriffe oder Mythen und druckt sie – in wirrer Kombination – auf die Klamotten. Wenn das nicht

reicht, genügen einige Striche und schon entsteht ein neues Phantasie-Symbol, welches wiederum ausreicht, um ein „rechtes Gefühl“ zu erzeugen. So werden eindeutige erkennbare politische Inhalte verschleiert. Diese Tarnung wird sogar zur Selbstverleugnung, indem der Name ThorSteinar auf manchen Produkten nur noch als Buchstabenkürzel „TS“ auftaucht.

Was könnt ihr tun? Im Unterricht darf man keinen Kau-

gummi kauen. Den Rasen auf dem Schulgelände darf man auch nicht betreten, rauchen ist sowieso überall verboten warum nicht auch mal ThorSteinar-Klamotten vom Schulgelände verbannen lassen? Klärt eure Schüler/innen-Vertretung und eure Lehrer/innen auf! Aufklärung wirkt: so verweigern beispielsweise die Bundesligavereine Hertha BSC und Werder Bremen Fans mit ThorSteinar-Klamotten den Zutritt zu ihren Spielen.

Mehr als nur Musik

Victor Perli – Mitglied im BundessprecherInnenrat von Linksjugend-[solid].

Rechte Gruppierungen versuchen, Jugendliche durch Musik mit rechten Inhalten für sich zu begeistern. Victor Perli schreibt über die Entstehung der Musikszene:

„Gut gemachter, Rechtsrock‘ kann helfen, Menschenmassen wenigstens oberflächlich im patriotischen Sinne zu politisieren. Ist es uns gelungen, einen Fuß in die Tür des öffentlichen Bewusstseins zu stellen, werden wir die Pforten bald weit öffnen für unsere in eine bessere Zukunft weisende politische Alternative zu Marxismus und Liberalismus“, sagte der Kölner Neofaschist Manfred Rouhs 1993. „Hat der Jugendliche erst einmal an Bands, die patriotische Motive in ihren Texten verarbeiten, Gefallen gefunden, dann fragt er möglicherweise nach Mehr, nach dem Woher und Warum des Nationalismus. Das ist der Moment, in dem wir [...] zuschlagen, ihm Inhalte und Kontakte bieten müssen.“

In den vergangenen Jahren hat sich „rechte Musik“, die einst in volkstümlicher oder schlechter Drei-Akkord-Musik daherkam, auf unterschiedlichste musikalische Richtungen ausgeweitet. Die Spannweite reicht inzwischen von härterer Rock-, Gothic- und Black Metal-Musik über Hiphop und Techno bis hin zu gecoverter Schunkel- und Schlager-Musik mit einschlägigen Texten. Die Auflagen dieser Musikproduktionen sind bei den Top-Bands der Szene inzwischen auf über 10.000 Exemplare angewachsen.

Die Musik der Skinheadbewegung war im Ursprung von keiner politischen Prägung dominiert und entwickelte sich in den 1970er Jahren in Arbeitervierteln englischer Großstädte parallel zum Punk. Man bekannte sich zur „Working Class“ – zur Punkmusik gesellten sich Oi! und die ursprünglich aus Jamaika stammende Ska-Musik. Punks und Skins, das waren damals zwei Seiten einer Medaille. Eine Jugendrebellion, die mit Bands wie den Sex Pistols, The Clash, Cock Sparrer und Sham69 eingeläutet wurde. Es dauerte nicht lange bis sich auch hierzulande die Skins nach den Punks zu einer eigenständigen Jugendkultur entwickelten.

In England prägte vor allem die Band „The Skrewdriver“ um den Sänger Ian Stuart Donaldson, den „neuen“, politisch-rechten Teil der Skins. Anfangs mit unpolitischen Texten gestartet, bauten sie sich rasch einen ernstzunehmenden Hörer-Kreis auf. Die Band gilt seit den 1980er Jahren als faschistische Neonazi-Gruppierung, die zudem einen

maßgeblichen Anteil an der Gründung des internationalen „Blood-and-Honour“-Netzwerks hatte. Stuart wurde bekannter Aktivist der britischen „National-Front“.

In der deutschen Skinszene wurde in den 1980ern eine Band bekannt, die heute zu den kommerziell erfolgreichsten deutschen Rockbands zählt und aufgrund ihrer Vergangenheit lange umstritten war: die „Böhsen Onkelz“. Ihr Werdegang ist interessant, weil er exemplarisch für die damalige Entwicklung der Szene steht und, wie der Jugendforscher Klaus Farin schreibt, das „Image und Selbstbild der Szene entscheidend geformt“ hat. Im Schüleralter als Punkband im Frankfurter Ghetto gestartet, wechselten sie mit Beginn ihrer Berufsausbildung in die Skinhead- und Fußballrowdy-szene.

1985 stiegen sie aus der Skinhead-Szene aus und distanzieren sich später von der politischen Entwicklung. Andere Teile blieben. Diejenigen, die ihre Identität als Skinheads nicht aufgeben wollten, und nicht mit Rassisten und Schlägertrupps in Verbindung standen, bekannten sich häufig zu den SHARP – oder Redskins. Der rassistische Teil radikalisierte sich unter dem Einfluss von Neonazi-Kadern weiter.

Ein Ergebnis sind Zusammenschlüsse, die schon seit Jahren effektiver und verbindlicher als Parteien agieren können, beispielsweise das „Hammerskin“ – oder eben das bereits erwähnte „Blood and Honour“-Netzwerk. Beide haben „Sektionen“ in Europa und Nordamerika. Trotz einiger staatlicher Verbote existieren diese Strukturen weiter. Sie wurden umorganisiert, agieren im Verbotfall wesentlich konspirativer, aber offensichtlich nicht weniger effektiv. Mit dem Internet entwickelten sich nicht nur neue Vertriebswege und Verkaufsmöglichkeiten. Insbesondere MP3-Tauschbörsen haben dazu beigetragen, dass „Nazi-Songs“ problemlos verbreitet werden konnten. Die kostenlose Verbreitung der Musik im Internet und das Kopieren der CDs im „Kameradschaftskreis“ werden offensiv gefördert, um das Hörerpotential zu vergrößern.

Den kompletten Text findet ihr auf der Homepage www.mucke-gegen-rechts.de

Kampf gegen Rechts endlich konsequent führen!

Franziska Drohsel – Juso-Landesvorsitzende

Rechtsextreme Gewalttaten sind in vielen Gebieten an der Tagesordnung und dringen nur selten an die Öffentlichkeit. In Berlin gibt es bestimmte Orte, an denen es immer wieder zu rechtsextremen Übergriffen kommt und die für Menschen, die nicht in das Bild von Rechtsextremisten passen, Angsträume darstellen. Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus sind bis in die Mitte der Gesellschaft hinein verbreitet. In Treptow-Köpenick ist nun die NPD mit 5,3 %, in Lichtenberg mit 5,9 %, in Marzahn-Hellersdorf mit 6,4 % und in Neukölln mit 3,9 % vertreten. In Pankow gelang den Republikanern mit 3,1 % der Einzug in das Bezirksparlament.

Der öffentliche Umgang schwankt zwischen Empörung und Verharmlosung und bleibt oftmals auf einer oberflächlichen Symptomebene stecken. Wir brauchen endlich eine ernst gemeinte Verständigung über eine Strategie gegen Rechtsextremismus und deren konsequente Umsetzung. Eine solche muss verschiedene Elemente beinhalten.

Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus nirgendwo. Rechtsextremes Gedankengut ist bis in die Mitte der Gesellschaft hinein verbreitet. Es muss darum gehen, reaktive und menschenverachtende Argumentationslinien überall aufzudecken. Nicht selten sind ausländerfeindliche und populistische Sprüche in der öffentlichen Debatte zu hören. Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus müssen aktiv bekämpft werden, unabhängig davon, ob es sich um Sprüche rechtsextremer Schläger oder etablierter Politiker handelt.

Solidarität mit den Opfern rechter Gewalt

Die Opfer rechter Gewalt müssen geschützt werden. Die Opfer sind es nämlich, die in der öffentlichen Wahrnehmung oftmals hintenüber fallen und nicht selten in nicht akzeptabler Weise von den Strafverfolgungsbehörden behandelt werden. Wenn man die Solidarität mit den Opfern ernst meint, darf es aber nicht beim Lippenbekenntnis bleiben. Solidarität mit den Opfern heißt zu aller erst den Opfern zu ermöglichen, die Täter anzuzeigen. Aufgrund des geltenden Asylrechts und der geltenden Bleiberechtsregeln gibt es jedoch Opfer, die den Kontakt aus Angst vor Ausweisung und

Abschiebung mit der Polizei meiden. Deshalb muss es ein Bleiberecht für alle Opfer rechtsextremer Gewalt geben.

Zivilgesellschaftliche Arbeit absichern

Antifaschistische Arbeit darf nicht kriminalisiert werden, sondern gehört konsequent und langfristig gefördert und finanziell abgestützt. Der Kampf gegen Rechtsextremismus muss kontinuierlich und dauerhaft erfolgen. Wie wir am Verhalten der Union gesehen haben, als es um die Weiterführung der Projekte CIVITAS und ENTIMON gegangen ist, sehen das in diesem Land leider nicht alle so. Der Kampf gegen Rechtsextremismus darf aber nicht abhängig von politischen Konjunkturen gemacht werden. Es muss sichergestellt werden, dass zivilgesellschaftliche Projekte gegen Rechtsextremismus nicht jedes Jahr Angst und Sorge um ihren Fortbestand haben müssen, sondern dass ihre Arbeit finanziell dauerhaft abgesichert ist.

Gemeinsam gegen Rechts

Wir Jusos sind der Auffassung, dass im Kampf gegen Rechts alle fortschrittlichen Kräfte gemeinsam und in Solidarität miteinander handeln müssen. Klar muss sein: Wir stehen weiterhin gemeinsam im Kampf gegen Rechts ein und werden uns nicht einschüchtern lassen. Der öffentliche Raum darf nicht den Neonazis überlassen werden. Darum werden wir auch weiterhin kämpfen und uns gegen Rechtsextremismus engagieren.

Keine Nazis nirgendwo!

Keine Nazis
nirgendwo!



NPD als Interessensvertreter der Jugend?

SDAJ [Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend]

Bei den Wahlen zu den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) 2006 konnte die NPD einen hohen Stimmenanteil verbuchen. Genutzt haben der NPD dabei nicht zuletzt viele Stimmen Jugendlicher, die an diesen BVV-Wahlen bereits ab 16 teilnehmen konnten. Und auch an ihrem Durchschnittsalter von 34 Jahren wird der Einfluss der NPD unter der Jugend ersichtlich.

Die Ausrichtung der NPD gegenüber Jugendlichen besteht vor allem darin, sich im scheinbaren Gegensatz zu den etablierten Parteien als „Systemopposition“ darzustellen. Jugendlichen, die sich fragen, warum sie keinen Ausbildungsplatz finden oder keinen Schulabschluss geschafft haben, bietet die NPD einfache wie falsche Erklärungen. Mit scheinbar antikapitalistischen Parolen wie „Kampf dem Kapital – für Volksgemeinschaft und Nation“ und angeblich globalisierungskritischen Positionen versuchen die Nationaldemokraten, Jugendliche zu täuschen und sich selbst als einziger Interessensvertreter der Jugend aufzuspielen. Doch betrachtet man die Forderungen des NPD-Aktionsprogramms etwas genauer, zeigt sich, dass Jugendinteressen und NPD-Forderungen unvereinbar sind.

Doch betrachtet man die Forderungen des NPD-Aktionsprogramms etwas genauer, zeigt sich, dass Jugendinteressen und NPD-Forderungen unvereinbar sind.

DIE NPD FORDERT:
„ARBEITSPLÄTZE ZUERST FÜR DEUTSCHE!“

Würde diese Forderung umgesetzt, gäbe es eine weitere besonders benachteiligte Gruppe von Menschen, die von regulärer Arbeit ausgeschlossen wäre. Dies würde einzig und allein den Unternehmern nutzen: Denn wenn die Belegschaft seines Betriebes z.B. für Lohnerhöhungen eintreten würde, könnte der Unternehmer jede Forderung mit der Drohung vom Tisch fegen, dass ausländische Arbeiter jederzeit bereit wären, für weit weniger Lohn arbeiten würden. Und die ausländischen Kollegen wären und sind dazu bereit, weil sie durch ihre Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt gezwungen werden, jede Arbeit anzunehmen (egal wie schlecht bezahlt oder gesundheitsschädlich die Arbeit ist).

Die Unternehmen würden also die Löhne und Arbeitsbedingungen herabsetzen und so mehr Gewinn erzielen. Die NPD handelt somit im Interesse der Unternehmen und nicht im Interesse der deutschen Arbeiter und Auszubildenden. Nicht ausländische Kollegen sind das Problem, sondern dass das Kapital immer mehr Arbeitsplätze abbaut. Eine tatsächliche Möglichkeit mehr Arbeitsplätze zu schaffen, wäre die Arbeitszeit zu verkürzen, denn dann bräuchten die Unternehmer mehr Arbeiter, um dasselbe Produkt herzustellen.

Wir fordern:
GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT! ARBEITSZEITVERKÜRZUNG BEI VOLLEM LOHNAUSGLEICH!

Der NPD die rote Karte zeigen!

„Das Reich ist unser Ziel, die NPD ist unser Weg!“

Udo Voigt, NPD-Bundesvorsitzender auf dem Bundesparteitag am 18./19.3.2000

DIE NPD FORDERT:

„AUSBILDUNGSPLATZABGABE FÜR UNTERNEHMEN, DIE KEINE JUNGEN DEUTSCHEN AUSBILDEN!“

Eine Ausbildungsplatzabgabe heißt, dass Unternehmen nach Meinung der NPD Strafen zahlen sollen, wenn sie keine jungen Deutschen ausbilden. Das Problem: Die Hauptverantwortung für Ausbildungsplatzabbau tragen Großunternehmen wie z.B. Siemens, Telekom oder Schering (jetzt Bayer) hier in Berlin, die ihre Ausbildung massiv zusammengestrichen haben. Sie alle bilden aber noch aus und garantiert auch überwiegend deutsche Jugendliche. Die Forderung der NPD würde diese deutschen Konzerne also gar nicht treffen – auch wenn sie weiterhin ihre Ausbildungsplätze streichen.

Eine tatsächlich wirkungsvolle Ausbildungsplatzabgabe muss an eine Quote gebunden sein. Das heißt: Ein Unternehmen muss eine feste Zahl an Ausbildungsplätzen zur Verfügung stellen, die sich an der Größe des Unternehmens orientiert. Große Unternehmen müssen also auch sehr viel mehr ausbilden. Außerdem muss diese Forderung fest verknüpft sein mit der strengen Überwachung und dem Erhalt der Ausbildungsqualität und einer Übernahme nach der Ausbildung.

Wir fordern:

UNTERNEHMEN MÜSSEN 10% IHRER ARBEITSPLÄTZE ALS AUSBILDUNGSPLÄTZE ZUR VERFÜGUNG STELLEN. Das schließt ein: Einhaltung des Ausbildungsrahmenplans, des Jugendarbeitsschutzgesetzes etc., eine Mindest-Azubi-Vergütung von 7,50 Euro pro Stunde und eine unbefristete Übernahme im erlernten Beruf. Unternehmen, die gegen eine dieser Auflagen verstoßen, müssen zahlen – und zwar mehr als sie die Einhaltung dieser Auflagen kosten würde.

DIE NPD FORDERT:

ERHALT DES DREIGLIEDRIGEN SCHULSYSTEMS

Nicht nur die PISA-Studie hat bewiesen, dass das dreigliedrige Schulsystem (Hauptschule, Realschule, Gymnasium) veraltet und ineffektiv ist. Auch die UNO ist der Auffassung, dass das dreigliedrige Schulsystem in der BRD Jugendliche aus finanziell schwachen Familien und Bezirken benachteiligt. Festgehalten wird aber am dreigliedrigen Schulsystem von Politikern, weil es den Unternehmern nützt. Denn durch das selektive Schulsystem können Unternehmer auch in Zukunft mit einer kleinen gut gebildeten Elite und einer großen Masse von schlechter gebildeten Arbeitern rechnen. Und umso geringer die (schulische) Qualifikation eines Arbeiters/Auszubildenden ist, desto weniger Lohn müssen ihm die Unternehmer zahlen. Auch hier erfüllt die NPD also das Interesse der Unternehmer.

Eine Alternative zu dem dreigliedrigen Schulsystem ist die integrative Gesamtschule, bei der alle Schüler gemeinsam mindestens bis zur 10 Klasse unterrichtet werden.

Wir fordern:

EINFÜHRUNG DER INTEGRATIVEN GESAMTSCHULE ALS REGELSCHULE

DIE NPD GEGEN UNS – WIR GEGEN DIE NPD

Anhand der Widersprüchlichkeit, die den Forderungen der NPD innewohnen, und der Erkenntnis, dass die NPD in Wirklichkeit die Interessen der Unternehmen vertritt, kann man erkennen, dass die NPD gegen unsere Interessen als Jugendliche spricht und handelt – egal welchen Pass oder welche Hautfarbe wir haben. Mit plumper und hinterlistiger Propaganda verblendet sie Jugendliche und bringt sie dazu, gegen ihre Interessen zu handeln. Es gibt also für uns nur eine Möglichkeit, das falsche Spiel der NPD auf dem Boden der Legalität zu beenden: Wir müssen für ein Verbot dieser neofaschistischen Partei kämpfen. Und auch das kann nur der Anfang sein: Der NPD, freien Kameradschaften und anderem braunen Gesocks müssen wir entgegenreten, wo sie auftreten – in der Schule – im Betrieb – auf der Straße.

Der NPD die rote Karte zeigen!

„Zweifelloso handelt es sich bei Hitler um einen großen deutschen Staatsmann.“

Udo Voigt, NPD-Bundesvorsitzender, in: Junge Freiheit vom 24.9.2004

Offene Kinder- und Jugendarbeit im Brennpunkt

SJD – Die Falken

Eines der besten Mittel gegen rechtsextreme Dominanzbestrebungen und das Erstarken rechter Jugendkulturen ist immer noch der Erhalt und der Aufbau demokratischer und antifaschistischer Kinder- und Jugendarbeit. Als ein Beispiel für eine solche Kinder- und Jugendarbeit soll hier der Kinder- und Jugendclub „Falkenburg“ aus Lichtenberg vorgestellt werden, welcher mehrfach von Neonazis angegriffen wurde. Die „Falkenburg“ in Lichtenberg und das „Anton-Schmaus-Haus“ in Neukölln, beides Kinder- und Jugendeinrichtungen der „Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken“, sind mehrfach mit Parolen wie „Den Falken die Flügel brechen“ oder „Linke Jugendzentren zerschlagen“ beschmiert worden. Es ist zu Sachbeschädigungen und konkreten Bedrohungsszenarien gegen Kinder, Jugendliche und Mitarbeiter gekommen.

Politischer Brennpunkt Lichtenberg

Die Netzwerkstelle Licht-Blicke dokumentiert im Auftrag des Bezirks Lichtenberg seit dem Jahr 2005 rechte, rassistische und antisemitisch motivierte Vorkommnisse und fasst diese in einem Register zusammen. Mit 60 Meldungen, die 77 Vorkommnisse umfassen, liegt das Register für das erste Halbjahr 2007 bereits über den Zahlen des Vergleichszeitraumes 2006 mit 65 Vorkommnissen und zeigt damit, dass das Bedrohungspotential rechtsextremer Gruppen und Einzelpersonen im Bezirk Lichtenberg weiterhin vorhanden ist. Bei 18 Übergriffen, die im ersten Halbjahr 2007 zu verzeichnen sind, handelt es sich in 10 Fällen um Körperverletzung, in 7 Fällen um meist rassistisch motivierte Beleidigungs- und Bedrohungsszenarien und in einem Fall um versuchte Körperverletzung. Vor allem waren sog. alternative Jugendliche von gewalttätigen Angriffen betroffen. Bei den Propagandadelikten, insgesamt 30 der Vorfälle, ist auch dieses Jahr die ganze Bandbreite rechter Propaganda zu beobachten: antisemitische Schmierereien, Hakenkreuze, Horst-Wessel-Plakate, Anti-Antifa-Aufkleber usw. Besonderer Schwerpunkt war eine wochenlange Anti-G8-Kampagne des nationalen Widerstands unter dem Motto „G8 sozial statt global“. Neben Versammlungen, Aufmärschen und Demonstrationen von Neonazis in Lichtenberg sind vereinzelt auch Sachbeschädigungen zu verzeichnen. Die in Lichtenberg gelegene JFE Falkenburg war gleich mehrmals Ziel rechtsextremer Übergriffe. Warum wird ein Offener Kinder- und Jugendclub, in dem vor allem Grundschulkinder ihre Freizeit verbringen ein Ziel rechtsextremer Übergriffe?

In der Falkenburg sind alle Kinder gleich „zu Hause“, unabhängig woher sie oder ihre Familien ursprünglich kommen.

Offene Kinder- und Jugendarbeit für Alle in der Falkenburg ...

Die Falkenburg ist ein Beweis dafür, dass Lichtenberg eben noch lange nicht die „No go Area“ oder die „Nazi Homezone“ ist, für die der Bezirk gehalten wird. In der Falkenburg sind alle Kinder und Jugendlichen willkommen, unabhängig von ihrem ethnischen oder kulturellen Hintergrund, ihrem Bildungsstand, ihrer sozialen Zugehörigkeit und ihres Geschlechts. Ungefähr die Hälfte der Kinder, welche die Falkenburg besuchen, haben einen Migrationshintergrund. Etwas mehr als die Hälfte sind weiblich. Viele Kinder kommen aus ehemaligen Bürgerkriegsgebieten in Südosteuropa, bzw. aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion oder Polen. In der Falkenburg sind alle Kinder gleich „zu Hause“, unabhängig woher sie oder ihre Familien ursprünglich kommen.

... durch einen sozialistischen Kinder- und Jugendverband

Das Besondere an der Falkenburg ist neben der langjährigen, kontinuierlichen und offenen Kinder- und Jugendarbeit, dass ein traditionsreicher sozialistischer Kinder- und Jugendverband, der Träger des Klubs ist. Aufgrund der pädagogischen Ansprüche und Ziele der SJD – Die Falken hat sich die Falkenburg ein eigenes Profil in der Lichtenberger Kinder- und Jugendklublandschaft geschaffen, welches eben Neonazis ein Dorn im Auge ist. Es handelt sich dabei um die Verbindung von offener Arbeit und ehrenamtlicher, selbstorganisierter Jugendarbeit. Ihre Aufgabe ist es, die Ansprüche der offenen Jugendarbeit im Auftrag des Bezirksamts Lichtenberg und den Ansprüchen des Trägers an eine emanzipatorische, Selbstbestimmung fördernde und egalitäre Kinder- und Jugendarbeit mit innovativen und kreativen Aktivitäten umzusetzen. Die Falkenburg vertritt die Werte der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken. Dies ist ein unabhängiger, selbstverwalteter, demokratischer Kinder- und Jugendverband, der seit über 100 Jahren existiert. Als Jugendorganisation ist er offen für alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht. Eine wichtige Aufgabe des Verbandes ist es, Kinder und Jugendliche zu selbstbewusstem und eigenverantwortlichem Handeln anzuleiten und zu qualifizieren. Die Falken fördern ein aktives Engagement von Kindern und Jugendlichen in der Gesellschaft. Sie unterstützt das Eintreten für die eigenen Interessen und die Entwicklung eigenständiger, eigenverantwortlich handelnder Persönlichkeiten. Grundlage der Arbeit sind die Grundwerte des demokratischen Sozialismus: Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Die Kinder sollen von

jugen Jahren an zu demokratischen und sozialen Werten erzogen werden. Dazu gehört auch, dass sie motiviert werden sollen, sich mit gesellschaftlichen Fragen auseinander zu setzen, sich eine Meinung zu bilden und sich für ihre eigenen Interessen und eine solidarische Gesellschaft aktiv zu engagieren. Durch die Gruppenarbeit erwerben sie soziale Kompetenzen wie die Fähigkeit zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung, Toleranz und Akzeptanz Andersdenkender. Ihr Engagement für Gleichberechtigung und Gerechtigkeit wird ebenso geschärft wie die Durchsetzungsfähigkeit.



Demokratische Kinder- und Jugendbildungsarbeit in der Praxis

Mit dem 1.1.2007 startete das Programm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ des Bundesministeriums für Jugend, welches die Zivilgesellschaft stärken und Toleranz und Demokratie fördern soll. Das auf Dauer angelegte Programm knüpft an die Erfahrungen aus dem Ende 2006 auslaufenden Aktionsprogramm der Bundesregierung „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ an und setzt zugleich die Empfehlungen der wissenschaftlichen Begleitungen um. Das Programm ist im präventiv-pädagogischen Bereich angesiedelt, dient der Bewusstseinsbildung und ist auf langfristige Wirkungseffekte ausgerichtet. Zielgruppen sind auch Kinder und jüngere Jugendlichen, Migrantinnen und Migranten. Im Rahmen des Lokalen Aktionsplans dieses Programmes beteiligen sich die SJD – Die Falken mit zwei eigenen Projekten.

Projekt: Lichtenberger Kids – fit gegen Rassismus, Diskriminierung und Gewalt.

Die JFE Falkenburg führt eine Bildungs- und Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Lichtenberger Kids – fit gegen Rassismus, Diskriminierung und Gewalt“ durch, an der Kinder aus Friedrichsfelde-Ost teilnehmen. In dieser Reihe setzen sie sich mit Rassismus, anderen Kulturen und Gewalt auseinander. Die Teilnehmer/-innen sollen Menschen anderer Herkunft kennenlernen und wertschätzen. Es wird sich zudem mit Vielfalt und Identität auseinandergesetzt werden. Einen besonderen Bereich nimmt die Vermittlung von demokratischen Werten ein. Zu den Zielen gehört die Förderung von sozialen Fähigkeiten, Lebenskompetenzen und die Auseinandersetzung mit anderen Kulturen. Somit leistet die Falkenburg einen wichtigen Beitrag bei der Umsetzung des Schwerpunktes „Demokratie- und Toleranzförderung“ im Rahmen des Lokalen Aktionsplans.

Projekt: Misch mit! Kids mit Courage für Lichtenberg

Dieses Projekt wird von KidsCourage – das Kinderrechtsprojekt der Berliner Falken – durchgeführt, welches ebenfalls in der Falkenburg angesiedelt ist. Wie bereits 2004 wurde auch in diesem Jahr „KidsCourage“ vom Förderprogramm Demokratisch Handeln! für die beispielhafte Arbeit im Bereich der Demokratieerziehung ausgezeichnet. Das Projekt schult Schulsprecher/-innen und Schüler/-innen aus Grundschulen durch ältere Jugendliche im Bereich der Mitbestimmung in Schulen. Dies erhöht die Beteiligung der Zielgruppe an Schulpolitik und stärkt damit demokratische Strukturen. Das Misch mit!-Team bietet für Lichtenberger Grundschulen Fortbildungen oder Projekttag für die SchulsprecherInnen und interessierte Schüler/-innen an. Diese Veranstaltungen dienen dazu, den Schüler/-innen das Wissen und das Handwerkszeug zu vermitteln, ihr verbrieftes Recht auf Mitbestimmung (UN-Kinderrechtskonvention, Art. 12) sowohl in der Institution Schule, als auch im Rahmen der kommunalen Politik ausüben zu können.

Ist zu hoffen, dass der Bezirk Lichtenberg auch in den nächsten Jahren bereit ist, diese Arbeit der Falkenburg durch eine langfristige finanzielle und räumliche Bestandssicherung zu unterstützen.



Engagement gegen Rechts stärken! – Werdet AKTIV!!!

Marco Grenz – Grüne Jugend Berlin

Lange Zeit wurde Rechtsextremismus als Randproblem angesehen und unterschätzt. Neonazis treten nur im Osten auf und auch da ist es nicht wirklich ein Problem.

Die Gefahr von Rechts darf nicht heruntergespielt werden, sondern muss offen ausgesprochen und mit allen friedlichen Mitteln einer demokratischen Gesellschaft bekämpft werden!

Rechtsextremismus beginnt mit abfälligen Äußerungen über AusländerInnen, Homosexuellen und Andersdenkende und eskaliert in Gewalt gegen diese.

Erst bei der Gewalt einzuschreiten ist der falsche Ansatz, der nicht das Problem an sich, sondern die Symptome versucht zu behandeln. Wir müssen bewusster darauf achten was Menschen sagen und öfter hinterfragen was sie bezwecken! – Lasst uns genauer hinhören und abfällige Sprüche bestimmt zurückweisen!

Wir müssen beginnen, den Neonazis keinen Raum zu lassen, um ihr menschenverachtendes Gedankengut weiterzugeben und Menschen in den Sog von Hass und Gewalt zu ziehen.

Wir brauchen größere Initiativen, die bei rechten Demonstrationen Stellung beziehen und immer wieder deutlich machen, wie falsch und verlogen die Aussagen des braunen Mobs sind. – Werdet aktiv und geht zu Gegendemonstrationen und macht genau das deutlich, durch Transparente, Schilder, etc.!



Kein Fußbreit den Faschisten – Demo gegen rechts

Wir brauchen eine Schule in der die Schülerinnen und Schüler auf die schleichende Gefahr aufmerksam gemacht werden und sie selbst die Möglichkeiten bekommen ein Zeichen zu setzen.

Junge Menschen, die sich in der rechten Szene zu Hause fühlen, müssen von gleichaltrigen Mitmenschen zur Rede gestellt werden. – Nicht damit sie sich schlecht fühlen, sondern damit sie darüber nachdenken ob die Anerkennung, die sie von den Nazis bekommen, wirkliche Anerkennung ist oder ob sie nur ausgenutzt werden.

Werdet aktiv und geht zu Gegendemonstrationen und macht genau das deutlich, durch Transparente, Schilder, etc.!

Zivilcourage kann mensch lernen. – Wir brauchen eine Gesellschaft in der jedeR ermutigt wird, sich für andere Menschen einzusetzen. – In der wir nicht wegschauen und die Neonazis einfach mal machen lassen.

Sprecht TäterInnen offensiv an und bindet Menschen die wegschauen mit ein! – Rechtsextreme fühlen sich gerade in der Gruppe stark und greifen Einzelne an! JedeR der einen Angriff, sei es verbal oder tötlich, mitbekommt, hat die Möglichkeit einzugreifen, um Schlimmeres zu verhindern. Nicht allein, sondern mit allen, die es mitbekommen!

JedeR ist einE HeldIn, wer nicht wegschaut!

Eine Sensibilisierung beim Thema ist Aufgabe aller! Denn nicht jeder blöde Spruch ist gleich politisch motiviert. – Akzeptiert werden darf er trotzdem nicht! Menschen die unüberlegt Witze über Minderheiten machen, müssen sich die Frage gefallen lassen, warum sie so etwas sagen und wie sie zu einer solchen Meinung kommen?!

Denn nur wenn diese Menschen zum nachdenken gebracht werden findet eine Auseinandersetzung statt, die ein Umdenken ermöglicht!

In der Schule darf das Thema Rechtsextremismus nicht mit dem Ende des zweiten Weltkrieges beendet sein. Wichtig ist eine weitere Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus im hier und jetzt.

Es muss deutlich gemacht werden, dass die gelieferten Antworten der NPD keine wirklichen Antworten sind, sondern in eine Ideologie gehören, die Vielfalt, Offenheit und Respekt gegenüber Minderheiten ausgrenzt und dämonisiert.

Werdet selbst aktiv und sorgt mit engagierten LehrerInnen dafür, dass das Thema nicht als Pflichtprogramm irgendwie abgehakt wird, sondern für euch interessant und tiefgehend besprochen wird.



Alle können etwas tun – Info-Stand der Grünen Jugend

Vorbeugende Projekte wie Aufklärung über die heutige Neonaziszene im Bezug auf das dritte Reich, hilft dabei, dass Jugendliche erst gar nicht in diesen gefährlichen Sumpf von Hass, Gewalt und Menschenverachtung geraten.

Projekte, wie Konzerte, Projektstage in Schulen und Diskussionsabende helfen dabei, die Menschen aufzuklären und sie für das Thema zu sensibilisieren.

Verfolgten Menschen muss zusätzlich zu der Polizei noch andere Hilfe angeboten werden, da die Hemmschwelle zur Polizei zu gehen, bei vielen sehr hoch ist, sie aber dringend Hilfe benötigen! Nur so können wirklich alle Straftaten aus dem rechtsradikalen Spektrum bekannt werden.

Auch hier ist Engagement von uns allen wichtig – redet mit den Opfern von Überfällen wenn ihr sie mitbekommt und zeigt ihnen, dass sie nicht allein stehen.

Es wird deutlich, dass rechtes Gedankengut nur durch eine starke gesellschaftliche Beteiligung zurückgedrängt werden kann. Wir alle sind also dazu angehalten, uns in irgendeiner Form, sei es in der Schule, in Verbänden und Initiativen oder im Alltag, mit dem Thema zu befassen und Neonazis eine klare Absage zu erteilen.

Fest auf der Straße
Sonnabend, 1. Dezember 2007, 10.30 Uhr
Kreuzung Ecke Sterndamm/Groß-Berliner Damm

**Wir sind lauter!
Wir sind bunter!
Wir sind mehr!**

Liebe Bürgerinnen und Bürger von Treptow-Köpenick,
liebe Berlinerinnen und Berliner,

unser Bezirk steht für ein tolerantes und friedliebendes Miteinander, gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt.

Am 1. Dezember 2007 wollen rechtsextreme Kräfte von der NPD bis zum aktionsorientierten Spektrum der Kameradschaften unseren Bezirk erneut mit einem Aufmarsch für ihre undemokratischen Zwecke und dumpfen Parolen missbrauchen. Das Bündnis für Demokratie und Toleranz, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus des Bezirkes Treptow-Köpenick und mit ihm viele engagierte Initiativen, sowie die demokratischen Parteien finden es unerträglich, dass unser Bezirk immer wieder zum Aktionsfeld von Rechtsextremisten wird. Wir wollen zeigen, dass die Verbreitung von rassistischer Propaganda und demokratiefeindlicher Ideologie nicht geduldet wird.

Zeigt durch Eure Teilnahme an unserem Fest auf der Straße, dass wir gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Gewalt stehen!

KEIN PLATZ FÜR NAZIS!

Antifaschistisches Blatt
info
Nr.77 | Herbst 2007

Militarismus -
von Traditionspflege
bis Landserheftchen

Kostenloses Probeexemplar:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: aib@nadir.org
web: www.antifainfoblatt.de

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

RED STUFF
WWW.ANTIFA-VERSAND.DE
SKALITZERSTR. 67 ★ KREUZBERG 36
ÖFFNUNGSZEITEN: DONNERSTAG & FREITAG 14-19 UHR, SAMSTAG 14-16 UHR

Jusos Berlin

in der SPD

Die Jusos sind ein eigenständiger sozialistischer und feministischer Richtungsverband, der der SPD in kritischer Solidarität verbunden ist. www.jusos-berlin.de



Die SDAJ ist eine Organisation von Schülern, Studenten, jungen Arbeitern und Erwerbslosen, die für eine sozialistische Gesellschaft ohne Ausbeutung, Kriege und Nazis kämpft. www.sdaj-berlin.de



Die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken sind ein Kinder- und Jugendverband, der sich für die Interessen & Rechte von Kindern und Jugendlichen einsetzt. www.falken-berlin.de



Die Antifaschistische Linke Berlin [ALB] engagiert sich in Berlin und bundesweit auf den Feldern Antifa, Globalisierungskritik und Antikapitalismus. Wenn Ihr mehr über uns erfahren wollt: www.antifa.de

Sozialistische Jugend – Die Falken Berlin

linksjugend ['solid]

Die Linksjugend ['solid] ist ein sozialistischer, antifaschistischer, basisdemokratischer und feministischer Jugendverband. www.solid-berlin.org



Die DGB-Jugend Berlin-Brandenburg ist ein eigenständiger Jugendverband und setzt sich für bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen ein. <http://jugend.berlin-brandenburg.dgb.de>

Stiftung SPI

Mobiles Beratungsteam »Ostkreuz«
für Demokratieentwicklung
Menschenrechte und Integration



Das Mobile Beratungsteam »Ostkreuz« für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration unterstützt und berät lokale Akteure, Multiplikatoren und Initiativen für eine demokratische Zivilgesellschaft. www.stiftung-spi.de/ostkreuz

GRÜNE BERLIN JUGEND
www.gruene-jugend-berlin.de

Text Grüne Jugend

Impressum

Juso-Landesverband Berlin
V.i.S.d.P.: Jan Böning (Juso-Landessekretär)

Müllerstraße 163 Telefon: 030.4 69 21 35 E-Mail: info@jusos-berlin.de
13353 Berlin Fax: 030.4 69 21 64 Internet: www.jusos-berlin.de

Der NPD die rote Karte zeigen!

**Rassismus und
Fremdenfeindlichkeit –
Markenzeichen
der NPD**



Der NPD die rote Karte zeigen!

**Null Toleranz für
Nazis!**

Der NPD die rote Karte zeigen!

**Kein Sex mit
Nazis!**

**Der NPD
die rote
Karte
zeigen!**

Der NPD die rote Karte zeigen!

**Schöner leben
ohne Nazis!**